



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 10. und 11. Sitzung, Amtsjahr 2012-2013

Mittwoch, den 9. Mai 2012, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Daniel Goepfert, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Regine Smit, II. Ratssekretärin

Abwesende:

9. Mai 2012, 09:00 Uhr
10. Sitzung *Sibylle Benz (SP), Andrea Bollinger (SP), Sebastian Frehner (SVP),
Christophe Haller (FDP), Ursula Metzger Junco (SP),
Annemarie Pfeifer (EVP/DSP), Tobit Schäfer (SP), Mehmet Turan (SP),
Ruth Widmer (SP).*

9. Mai 2012, 15:00 Uhr
11. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Sibylle Benz (SP), Andrea Bollinger (SP),
Conradin Cramer (LDP), Baschi Dürr (FDP), Sebastian Frehner (SVP),
Christophe Haller (FDP), Felix Meier (CVP), Giovanni Nanni (FDP),
Annemarie Pfeifer (EVP/DSP), Tobit Schäfer (SP), Greta Schindler (SP),
Aeneas Wanner (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|----|---|---|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung | 2 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte | 4 |
| 3. | Bericht und Vorschlag zur Wahl eines Ersatzrichters am Zivilgericht und zweier Ersatzrichter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2007 - 2012 | 5 |
| 4. | Bericht des Regierungsrates betreffend Antrag des Appellationsgerichts auf Verlängerung der befristeten Erhöhung der Zahl der Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter am Appellationsgericht von neun auf zehn | 5 |
| 5. | Ratschlag betreffend Investitionsbeitrag für den Erweiterungsbau Malerei / Ablaugerei in der Sicherheitszone der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Mellingen | 6 |
| 6. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P283 "Gleiche Nachtflugsperrung in Basel wie in Zürich" | 7 |
| 7. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P291 "Gegen die neu geplante Sunrise Mobilfunkantenne, Bruderholzallee 169, 4059 Basel" | 8 |

8.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P292 "Für Gratis Monatskarten im Parkhaus Sporthalle St. Jakob für unsere Trainer!"	9
10.	Motionen 1 - 2	9
11.	Anzüge 1 - 11	10
9.	Neue Interpellationen.	15
11.	Anzüge 1 - 11	17
12.	Beantwortung der Interpellation Nr. 30 Otto Schmid betreffend Sporthallennutzung während den Schulferien	17
13.	Beantwortung der Interpellation Nr. 31 Jürg Meyer betreffend Strafen bei Schulpflichtverweigerungen aus religiösen Gründen	17
14.	Beantwortung der Interpellation Nr. 33 Mustafa Atici betreffend Berufs- und Nachholbildung für Erwachsene	18
15.	Beantwortung der Interpellation Nr. 35 Beatriz Greuter betreffend Vermittlung und Zuteilung von Tagesbetreuungsplätzen für Kinder	18
16.	Beantwortung der Interpellation Nr. 36 Brigitta Gerber betreffend Standort und Aufgabe Sprachheilschule / Autismuszentrum Riehen	18
17.	Beantwortung der Interpellation Nr. 37 Dominique König-Lüdin betreffend Tagesbetreuung an Randzeiten	19
18.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Latein an den Basler Schulen	19
19.	Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Dieter Werthemann betreffend Missachtung gesetzlicher Fristen durch die Regierung	19
20.	Beantwortung der Interpellation Nr. 39 Alexander Gröflin betreffend Angestellte des Kantons Basel-Stadt	20
21.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger Junco P. und Konsorten betreffend Herabsetzung der kantonalen Einbürgerungsgebühren	20
22.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Optimierung der Baselstrasse in Riehen-Dorf	20
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	22
	Anhang B: Neue Vorstösse	24

Beginn der 10. Sitzung

Mittwoch, 9. Mai 2012, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[09.05.12 09:03:09, MGT]

Mitteilungen

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Fraktionswechsel

Felix Meier hat am 20. April 2012 dem Ratsbüro mitgeteilt, dass er die Fraktion der Basler SVP verlässt und in die Fraktion der CVP übertreten will. Gleichentags hat der Präsident der Fraktion CVP die Aufnahme von Felix Meier bestätigt.

Mit diesem Übertritt ergeben sich geringfügige Änderungen der Kommissionenschlüssel, da nun sowohl die SVP und das Grüne Bündnis, als auch die CVP und die LDP über gleich viele Sitze verfügen. Bei den 11-er-Kommissionen haben neu die SVP und das GB je einen Anspruch auf 1.5 Sitze.

Austausch der Badges für den Zutritt zum Rathaus

Sie wurden letzte Woche aufgefordert, heute ihren "blauen Knopf" für den Zutritt zum Rathaus mitzubringen. Im Vorzimmer wird der Rathausverwalter Ihnen den blauen Knopf abnehmen und Ihnen dafür den neuen Badge aushändigen, welcher sowohl für den Zutritt zum Rathaus, als auch für die Bedienung der Abstimmungsanlage gültig ist.

Neue Interpellationen

Es sind 9 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 40, 43, 44 und 46 werden mündlich beantwortet.

Verletzung des Sitzungsgeheimnisses

Am 24. April berichtete die Basler Zeitung über unterschiedliche Auffassungen zwischen der Regierung und der Finanzkontrolle bezüglich des Zugriffs auf die Geschäftskontrolle. Auch wenn die Tatsache dieser Probleme einem grösseren Personenkreis bekannt war, lassen bestimmte Formulierungen in der Berichterstattung den Schluss zu, dass möglicherweise eine Verletzung des Sitzungsgeheimnisses durch die Finanzkommission oder das Ratsbüro vorliegt. Das Ratsbüro hat deshalb die Disziplinarkommission beauftragt, den Sachverhalt abzuklären.

Tagesordnung

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Das Ratsbüro beantragt Ihnen, die drei Geschäfte 6, 7 und 8 der Petitionskommission zu behandeln, obschon die Frist von drei Wochen für den Versand der Unterlagen um zwei Tage nicht eingehalten werden konnte. Von der Sache her ist die dringliche Behandlung dieser Geschäfte nicht zwingend erforderlich, sondern hat lediglich praktische Gründe, weil die heutige Tagesordnung sonst gar mager dahergekommen wäre. Aus diesem Grund haben wir auch seit vielen Jahren zum ersten Mal den zweiten Sitzungstag bereits auf der Tagesordnung nicht mehr aufgeführt.

Für die dringliche Behandlung der drei Geschäfte ist aber formell die Zustimmung des Rates mit einem Zweidrittelmehr erforderlich.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 74 gegen 0 Stimmen, die drei Geschäfte 6, 7 und 8 der Petitionskommission mit Dringlichkeit zu behandeln.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[09.05.12 09:07:39, ENG]

Zuweisungen

Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission: **beantragt** namens der Bildungs- und Kulturkommission, das Schreiben des Regierungsrates zum Kulturleitbild Basel-Stadt für die Jahre 2012 - 2017 nicht stillschweigend zur Kenntnis zu nehmen, sondern **der Bildungs- und Kulturkommission zu überweisen.**

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, das Schreiben des Regierungsrates zum Kulturleitbild Basel-Stadt für die Jahre 2012 – 2017 nicht stillschweigend zur Kenntnis zu nehmen, sondern **der Bildungs- und Kulturkommission zu überweisen.**

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Bericht der Begnadigungskommission über die Ablehnung eines Begnadigungsgesuches (Nr. 1693) (BegnKo,)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Heer und Konsorten betreffend Förderung und Chancengleichheit bei der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und familiären Verpflichtungen (stehen lassen) (ED, 07.5118.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Esther Weber Lehner und Konsorten betreffend Schulsozialarbeit an der Volksschule Basel (stehen lassen) (ED, 07.5358.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend einem Masterplan für den Badischen Bahnhof Basel (stehen lassen) (BVD, 08.5019.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten für die Realisierung eines durchgehenden Veloweges zwischen Mattenstrasse und Riehenring im Zusammenhang mit dem Messeneubau (stehen lassen) (BVD, 08.5112.03)

3. Bericht und Vorschlag zur Wahl eines Ersatzrichters am Zivilgericht und zweier Ersatzrichter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2007 - 2012

[09.05.12 09:09:34, WVKo, 11.5326.02, BER]

Die Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 11.5326.02 einzutreten und einen Ersatzrichter am Zivilgericht sowie zwei Ersatzrichter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsperiode zu wählen.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin der Wahlvorbereitungskommission*

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Eine Diskussion findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 der GO sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Damit wird die Wahl als Abstimmung über den Antrag der Wahlvorbereitungskommission durchgeführt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 64 gegen 0 Stimmen:

Anstelle der zurückgetretenen Rosmarie Siegrist-Ruzzunenti wird als Ersatzrichter am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2012 gewählt:

lic. iur. **Johannes Vontobel**, geb. 1979, 4057 Basel

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 69 gegen 0 Stimmen:

Anstelle der zurückgetretenen lic. iur. Susanne Nese und Sabine Bammatter werden als Ersatzrichter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2012 gewählt:

Dr. iur. **Frank Heini**, geb. 1964, 4051 Basel

Otto Kunz-Torres, geb. 1952, 4053 Basel

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Bericht des Regierungsrates betreffend Antrag des Appellationsgerichts auf Verlängerung der befristeten Erhöhung der Zahl der Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter am Appellationsgericht von neun auf zehn

[09.05.12 09:14:42, JSSK, PD, 12.0036.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.0036.01 einzutreten.

Die Kommission beantragt einen gegenüber dem Regierungsrat geänderten Beschluss, der Ihnen heute aufgelegt wurde.

Voten: *Felix Meier, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD): beantragt, die Stelle gemäss Antrag des Regierungsrates nur bis Ende 2012 zu befristen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Der Grosse Rat beschliesst

mit 67 gegen 0 Stimmen, dem Antrag der JSSK zu folgen und die Stelle **bis am 30. Juni 2013** zu befristen.

Detailberatung

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die Zahl der Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter am Appellationsgericht wird für die Zeit vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013 von neun auf zehn erhöht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. **Ratschlag betreffend Investitionsbeitrag für den Erweiterungsbau Malerei / Ablaugerei in der Sicherheitszone der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Menzingen**

[09.05.12 09:24:50, BRK, JSD, 12.0067.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.0067.01 einzutreten und **Staatsbeiträge** in der Höhe von insgesamt CHF 2'945'625 zu bewilligen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Planung und Realisierung eines Erweiterungsneubaus Malerei / Ablaugerei in der Sicherheitszone der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Menzingen wird ein Investitionsbeitrag von CHF 2'945'625 inkl. MwSt (75% der nicht subventionsberechtigten Investitionskosten), vorbehaltlich der Genehmigung des Investitionsbeitrags von CHF 981'875 inkl. MwSt (25% der nicht subventionsberechtigten Investitionskosten) durch den Kantonsrat des Kantons Zug, zu Lasten der Rechnungen 2013 (CHF 1'800'000) und 2014 (CHF 1'145'625), Investitionsbereich Übrige, Auftrag 510097020000 bewilligt. (Preisstand: Zürcher Baukostenindex: 1. April 2010, Index 100).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

6. Bericht der Petitionskommission zur Petition P283 "Gleiche Nachtflugsperrung in Basel wie in Zürich"

[09.05.12 09:33:16, PetKo, 11.5019.03, PET]

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Sie haben die Behandlung der drei Petitionen heute morgen gemäss § 20 AB als dringlich erklärt.

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P283 "Gleiche Nachtflugsperrung in Basel wie in Zürich" (11.5019) als erledigt zu erklären.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Eveline Rommerskirchen (GB)*

Einzelvoten

Voten: *Christoph Wydler (EVP/DSP); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

Zwischenfrage

Voten: *Michael Wüthrich (GB); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

Schlussvoten

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P283 (11.5019) ist **erledigt**.

7. **Bericht der Petitionskommission zur Petition P291 “Gegen die neu geplante Sunrise Mobilfunkantenne, Bruderholzallee 169, 4059 Basel”**

[09.05.12 09:54:31, PetKo, 11.1897.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P291 “Gegen die neu geplante Sunrise Mobilfunkantenne, Bruderholzallee 169, 4059 Basel” (11.1897) als erledigt zu erklären.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Michael Wüthrich (GB)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P291 (11.1897) ist **erledigt**.

8. **Bericht der Petitionskommission zur Petition P292 “Für Gratis Monatskarten im Parkhaus Sporthalle St. Jakob für unsere Trainer!”**

[09.05.12 10:01:36, PetKo, 12.5012.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P292 “Für Gratis Monatskarten im Parkhaus Sporthalle St. Jakob für unsere Trainer!” (12.5012) als erledigt zu erklären.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission; André Auderset (LDP)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P292 (12.5012) ist **erledigt**.

10. Motionen 1 - 2

[09.05.12 10:06:22]

1. Motion Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Sport als Promotionsfach in den Basler Schulen

[09.05.12 10:06:22, 12.5086.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 12.5086 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Martina Bernasconi (GLP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Sibel Arslan (GB); Christine Wirz-von Planta (LDP); Salome Hofer (SP)*

Einzelvoten

Voten: *Oswald Inglin (CVP); Patrick Hafner (SVP); David Wüest-Rudin (GLP); Thomas Müry (LDP); Maria Berger-Coenen (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 50 gegen 20 Stimmen, die Motion 12.5086 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Felix Meier und Konsorten betreffend Schaffung eines Mitwirkungsgesetzes für den Einbezug des Grossen Rates in die interkantonale und internationale Zusammenarbeit

[09.05.12 10:33:23, 12.5087.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 12.5087 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Patricia von Falkenstein (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Kerstin Wenk (SP); Helmut Hersberger (FDP); Conradin Cramer (LDP); Felix Meier (CVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 51 gegen 11 Stimmen, die Motion 12.5087 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

11. Anzüge 1 - 11

[09.05.12 10:44:13]

1. Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Aufwertung der Rheingasse im Rahmen des neuen Verkehrsregimes Innenstadt

[09.05.12 10:44:13, 12.5040.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5040 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 12.5040 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

2. Anzug Markus Lehmann und Konsorten betreffend Stärkung der MINT-Kompetenzen

[09.05.12 10:44:47, 12.5083.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5083 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 12.5083 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

3. Anzug Esther Weber Lehner und Konsorten betreffend Situationsanalyse beim Arbeitgeber Basel-Stadt zum Thema Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege

[09.05.12 10:45:11, 12.5084.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5084 entgegenzunehmen.

Thomas Mall (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Doris Gysin (SP); Markus Benz (GB); Esther Weber Lehner (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 52 gegen 9 Stimmen, den Anzug 12.5084 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

4. Anzug Bruno Jagher und Konsorten betreffend Schneeräumung auf öffentlichen Trottoirs des Kantons Basel-Stadt

[09.05.12 10:53:57, 12.5085.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5085 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 12.5085 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

5. Anzug Beat Fischer und Konsorten betreffend Zeitgutschriften für ehrenamtliche Betreuende

[09.05.12 10:54:23, 12.5090.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5090 entgegenzunehmen.

Eduard Rutschmann (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Kerstin Wenk (SP); Beat Fischer (EVP/DSP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 44 gegen 6 Stimmen bei 9 Enthaltungen, den Anzug 12.5090 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend neue Wohnmöglichkeiten für Betagte fördern

[09.05.12 10:59:39, 12.5091.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5091 entgegenzunehmen.

Patrick Hafner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Mustafa Atici (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Mustafa Atici (SP)*

Schlussvoten

Voten: *Beat Fischer (EVP/DSP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 49 gegen 5 Stimmen, den Anzug 12.5091 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

7. Anzug Gülsen Oeztürk und Konsorten betreffend altersgerechter kommunaler Wohnungsbau

[09.05.12 11:04:34, 12.5092.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5092 entgegenzunehmen.

Andreas Zappalà (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *David Wüest-Rudin (GLP); Jürg Meyer (SP); Patrizia Bernasconi (GB); Patrick Hafner (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP); Patrick Hafner (SVP)*

Voten: *Lorenz Nägelin (SVP); Philippe Pierre Macherel (SP); Gülsen Oeztürk (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 37 gegen 37 Stimmen und dem **Stichentscheid des Präsidenten**, den Anzug 12.5092 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

8. Anzug Mustafa Atici und Konsorten betreffend Hilfe für alte Menschen - Kompetenzzentrum mit interkultureller Ausrichtung

[09.05.12 11:34:25, 12.5093.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5093 entgegenzunehmen.

Thomas Mall (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Philippe Pierre Macherel (SP); Sibel Arslan (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Sibel Arslan (GB)*

Schlussvoten

Voten: *Mustafa Atici (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 43 gegen 31 Stimmen, den Anzug 12.5093 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Persönliche Erklärung

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

9. Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Tarifordnung der öffentlichen Parkhäuser

[09.05.12 11:48:54, 12.5094.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5094 entgegenzunehmen.

Toni Casagrande (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Emmanuel Ullmann (GLP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen, den Anzug 12.5094 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

10. Anzug Patrick Hafner und Konsorten betreffend Linksabbieger Nauenstrasse

[09.05.12 11:52:18, 12.5095.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5095 entgegenzunehmen.

Michael Wüthrich (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Philippe Pierre Macherel (SP); Patrick Hafner (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen, den Anzug 12.5095 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Mitteilungen

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Die Interpellanten und Interpellantinnen werden eingeladen, bei der Beantwortung mündlicher Interpellationen anwesend zu sein. Die unentschuldigte Abwesenheit von Interpellantinnen und Interpellanten bei der mündlichen Beantwortung ist für alle Beteiligten störend und unangenehm.

Schluss der 10. Sitzung

11:58 Uhr

Beginn der 11. Sitzung

Mittwoch, 9. Mai 2012, 15:00 Uhr

9. Neue Interpellationen.

[09.05.12 15:02:32]

Interpellation Nr. 40 Tanja Soland betreffend Umgang mit religiösen Minderheiten an den Basler Schulen

[09.05.12 15:02:32, ED, 12.5127.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Tanja Soland (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 12.5127 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 41 Heiner Vischer betreffend Umsetzung der "Wiese-Initiative"

[09.05.12 15:16:05, WSU, 12.5128.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 42 Sebastian Frehner betreffend Medikamentenpreise und die diesbezüglichen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Basel

[09.05.12 15:16:20, WSU, 12.5129.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 43 André Auderset betreffend Flagge zeigen für 120 Arbeitsplätze

[09.05.12 15:16:36, BVD, 12.5131.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); André Auderset (LDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 12.5131 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 44 Salome Hofer betreffend Junger Rat Basel

[09.05.12 15:26:41, ED, 12.5132.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Salome Hofer (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 12.5132 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 45 Andreas Zappalà zu Aufritten des Kantons an Messen in Basel

[09.05.12 15:31:13, PD, 12.5133.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 46 Alexander Gröflin betreffend Bewilligungen im Gastgewerbe

[09.05.12 15:31:26, BVD, 12.5134.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Alexander Gröflin (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 12.5134 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 47 Atilla Toptas zu den Parktarifen in Trainingsanlagen

[09.05.12 15:34:06, FD, 12.5135.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Atilla Toptas (SP)*

Interpellation Nr. 48 Oswald Inglin betreffend Bau von Treppen von der Margarethenbrücke zu den Gleisanlagen des Bahnhofs SBB und damit allfällig verbundener Präjudizierung eines Volksentscheids zur Initiative betreffend CentralPark Basel

[09.05.12 15:36:00, BVD, 12.5137.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

11. Anzüge 1 - 11

[09.05.12 15:36:32]

11. Anzug David Wüest-Rudin betreffend Versand von Wahlinformationen durch den Kanton

[09.05.12 15:36:32, 12.5099.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 12.5099 entgegenzunehmen.

Voten: *Rudolf Vogel (SVP); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentsdepartementes (PD); Christine Wirz-von Planta (LDP); Tanja Soland (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP); Tanja Soland (SP)*

Voten: *Jürg Stöcklin (GB); David Wüest-Rudin (GLP)*

Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 44 gegen 32 Stimmen, den Anzug 12.5099 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

12. Beantwortung der Interpellation Nr. 30 Otto Schmid betreffend Sporthallennutzung während den Schulferien

[09.05.12 15:58:03, ED, 12.5100.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Otto Schmid (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 12.5100 ist **erledigt**.

13. Beantwortung der Interpellation Nr. 31 Jürg Meyer betreffend Strafen bei Schulpflichtverweigerungen aus religiösen Gründen

[09.05.12 15:58:54, ED, 12.5104.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Jürg Meyer (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 12.5104 ist **erledigt**.

14. Beantwortung der Interpellation Nr. 33 Mustafa Atici betreffend Berufs- und Nachholbildung für Erwachsene

[09.05.12 16:03:30, ED, 12.5107.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Mustafa Atici (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 12.5107 ist **erledigt**.

15. Beantwortung der Interpellation Nr. 35 Beatriz Greuter betreffend Vermittlung und Zuteilung von Tagesbetreuungsplätzen für Kinder

[09.05.12 16:05:23, ED, 12.5109.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Beatriz Greuter (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 12.5109 ist **erledigt**.

16. Beantwortung der Interpellation Nr. 36 Brigitta Gerber betreffend Standort und Aufgabe Sprachheilschule / Autismuszentrum Riehen

[09.05.12 16:08:56, ED, 12.5110.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Brigitta Gerber (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 12.5110 ist **erledigt**.

17. Beantwortung der Interpellation Nr. 37 Dominique König-Lüdin betreffend Tagesbetreuung an Randzeiten

[09.05.12 16:14:27, ED, 12.5111.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Dominique König-Lüdin (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 12.5111 ist **erledigt**.

18. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Latein an den Basler Schulen

[09.05.12 16:19:03, ED, 10.5013.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5013 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5013 ist **erledigt**.

19. Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Dieter Werthemann betreffend Missachtung gesetzlicher Fristen durch die Regierung

[09.05.12 16:19:30, PD, 12.5106.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Dieter Werthemann (GLP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 12.5106 ist **erledigt**.

20. Beantwortung der Interpellation Nr. 39 Alexander Gröflin betreffend Angestellte des Kantons Basel-Stadt

[09.05.12 16:23:57, FD, 12.5113.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Alexander Gröflin (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 12.5113 ist **erledigt**.

21. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger Junco P. und Konsorten betreffend Herabsetzung der kantonalen Einbürgerungsgebühren

[09.05.12 16:24:57, JSD, 11.5058.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 11.5058 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 11.5058 ist **erledigt**.

22. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Optimierung der Baselstrasse in Riehen-Dorf

[09.05.12 16:25:27, BVD, 08.5086.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 08.5086 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 08.5086 ist **erledigt**.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Peter Bochsler betreffend Behinderte zahlen den Preis des Wettbewerbs (12.5138).
- Schriftliche Anfrage Patrick Hafner betreffend Velofahrende in Gefahr (12.5139).
- Schriftliche Anfrage Eveline Rommerskirchen betreffend Amphibienlaichgebiete (12.5140).
- Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend Bauarbeiten Kornhausgasse (12.5141).
- Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend statistische Fragen zu Steuererlassen (12.5142).
- Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend statistische Fragen zur Sozialhilfe (12.5143).
- Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend statistische Fragen zu IV und EL (12.5144).
- Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend statistische Fragen zu Straftaten (12.5145).
- Schriftliche Anfrage Gülsen Oeztürk betreffend Erwerbsausfallversicherung für Stellensuchende (12.5146).
- Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend Bewilligungen im Gastgewerbe (12.5155).
- Schriftliche Anfrage Beat Fischer betreffend säumige KrankenkassenprämienzahlerInnen im Kanton Basel-Stadt (12.5156).
- Schriftliche Anfrage Beat Fischer betreffend "Konzept Reparaturen am Boulevard Güterstrasse" (12.5157).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Mitteilung

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Am nächsten Grossratstag, am Mittwoch, den 6. Juni, findet um 18.30 Uhr die nächste Veranstaltung der Kulturgruppe des Grossen Rates gemeinsam mit der Kulturgruppe des Landrats statt, nämlich eine Führung durch das unbekannte Breite-Quartier bis zum Birköpfli mit Grossrat Osi Inglin. Beginn des Rundgangs ist pünktlich um 18.30h beim Rhybadhüsli Breite am St. Alban-Rheinweg. Anmelden kann man sich bei Heiner Vischer.

Schluss der 11. Sitzung

16:28 Uhr

Basel, 9. Mai 2012

Daniel Goepfert
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P283 "Gleiche Nachtflugsperre in Basel wie in Zürich" <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 AB</i>	PetKo		11.5019.03
2.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P291 "Gegen die neu geplante Sunrise Mobilfunkantenne, Bruderholzallee 169, 4059 Basel" <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 AB</i>	PetKo		11.1897.02
3.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P292 "Für Gratis Monatskarten im Parkhaus Sporthalle St. Jakob für unsere Trainer!" <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 AB</i>	PetKo		12.5012.02
4.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Latein an den Basler Schulen		ED	10.5013.02
Überweisung an Kommissionen				
5.	Ratschlag und Entwurf betreffend Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Alimentenhilfe) sowie Schreiben zu drei Anzügen	GSK	WSU	12.0572.01 94.8247.08 10.5325.02 10.5328.02
6.	Schreiben des Regierungsrates zum Kulturleitbild Basel-Stadt für die Jahre 2012 - 2017	BKK	PD	10.1415.01
An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung				
7.	Anzüge:			
a)	Patrick Hafner betreffend störender Abfall			12.5114.01
b)	Beatriz Greuter und Konsorten betreffend Praktikum als Fachfrau/Fachmann Betreuung Kinder			12.5120.01
c)	Tanja Soland und Konsorten betreffend Nutzung des Sparpotentials der Tagesschulen			12.5121.01
d)	Patrick Hafner und Konsorten betreffend Bundesgesetzvollzug im Kanton			12.5122.01
e)	Beatrice Alder und Konsorten betreffend Zeitgutschriften			12.5123.01
f)	Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft			12.5124.01
g)	Conradin Cramer und Konsorten betreffend Vergütungszins für Steuervorauszahlungen			12.5125.01
8.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Salome Hofer und Konsorten betreffend Verbesserung und Koordination des internen Förderunterrichtsangebots an Schulen		ED	10.5034.02
9.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend bessere Velowege in Basel		BVD	10.5108.02
10.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Hinwendung zu einer aktiven Einbürgerungsstrategie im Kanton Basel-Stadt		JSD	10.5114.02
11.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen vom 12. November 2010 sowie zur Änderung des Gesetzes betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt und zu einem Anzug	JSSK	JSD	12.0049.02 07.5248.05

- | | | | | |
|-----|--|-------------|-----|--------------------------|
| 12. | Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag zu einem Gesetz betreffend die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt (Feuerwehrgesetz, FWG) sowie zu einem Anzug und Bericht der Kommissionsminderheit | JSSK | JSD | 11.0206.02
10.5243.03 |
|-----|--|-------------|-----|--------------------------|

Kenntnisnahme

- | | | | | |
|-----|---|---------------|-----|------------|
| 13. | Bericht der Begnadigungskommission über die Ablehnung eines Begnadigungsgesuches (Nr. 1693) | BegnKo | | |
| 14. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Heer und Konsorten betreffend Förderung und Chancengleichheit bei der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und familiären Verpflichtungen (stehen lassen) | | ED | 07.5118.03 |
| 15. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Esther Weber Lehner und Konsorten betreffend Schulsozialarbeit an der Volksschule Basel (stehen lassen) | | ED | 07.5358.03 |
| 16. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend einem Masterplan für den Badischen Bahnhof Basel (stehen lassen) | | BVD | 08.5019.03 |
| 17. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten für die Realisierung eines durchgehenden Veloweges zwischen Mattenstrasse und Riehenring im Zusammenhang mit dem Messeneubau (stehen lassen) | | BVD | 08.5112.03 |

Anhang B: Neue Vorstösse

Anzüge

a) Anzug betreffend störender Abfall

12.5114.01

Mit den Massnahmen des Kantons, die u.a. als Reaktion auf die Sauberkeitsinitiative der Basler SVP eingeführt wurden, ist ein erster Schritt gemacht. Die tägliche Erfahrung zeigt aber, dass diese Massnahmen noch nicht genügen: noch viel zu oft wird Abfall illegal deponiert und werden Bebbi-Säcke zur Unzeit bereitgestellt. Beides muss konsequent geahndet werden, damit Fehlbare endlich auf ihr störendes Tun verzichten.

Dazu kommt, dass den Verantwortlichen bei Abfallverstössen auf Privatgrund die Hände gebunden sind: wenn Bebbi-Säcke auch tagelang (z.B. über die Osterfeiertage) nur wenige Zentimeter neben Allmend auf Privatgrund stehen, kann gemäss Aussage der Verantwortlichen nur etwas unternommen werden, wenn gesundheitspolizeiliche Gründe vorliegen. Im Sinne eines gepflegten Stadtbildes sollte aber auch ohne spezielle Gründe gegen solche Abfalldeponien vorgegangen werden können.

Der Anzugsteller bittet darum die Regierung, zu prüfen und zu berichten:

1. Welche Massnahmen (allenfalls auch zusätzliche Ressourcen) notwendig sind, um illegale Abfalldeponien und zur Unzeit bereitgestellte Bebbi-Säcke noch konsequenter bekämpfen zu können;
2. Welche Möglichkeiten es gibt, gegen speziell störende Abfalldeponien auf Privatgrund vorzugehen;
3. Inwiefern allenfalls weitere unterirdische Sammelanlagen und/oder die (flächendeckende) Einführung von Kleincontainern eine Lösung für die Problematik sein könnten.

Patrick Hafner

b) Anzug betreffend Praktikum als Fachfrau/Fachmann Betreuung Kinder

12.5120.01

In der Berufsbildung ist ein Praktikum keine zwingende Voraussetzung für eine berufliche Grundbildung. Hingegen müssen beinahe alle Jugendlichen, welche den Beruf Fachfrau/Fachmann Betreuung Kinder erlernen wollen, vor Ausbildungsbeginn ein einjähriges Praktikum absolvieren.

Das Praktikum muss jeweils in dem Tagesheim absolviert werden, in dem anschliessend die Ausbildung in Angriff genommen wird. Da die Anzahl der Praktikumsstellen um ein Vielfaches höher ist als das Angebot an Lehrstellen, ist der Ausbildungsplatz bei Praktikumsbeginn nicht garantiert. Wenn die Praktikantin/der Praktikant den Ausbildungsplatz jedoch nicht bekommt, wird das absolvierte Praktikum nicht angerechnet und er oder sie muss sich bei einem anderen Tagesheim erneut für einen Praktikumsplatz bewerben. Das kann unter Umständen dazu führen, dass ein/e junge/r Bewerber/in dreimal ein Praktikum absolviert, ohne dass sie oder er einen Ausbildungsplatz bekommt.

Diese Praxis existiert ausschliesslich beim Ausbildungsgang Fachfrau/Fachmann Betreuung Kinder. Bei der Fachrichtung Fachfrau/Fachmann Betreuung Behinderte und Fachfrau/Fachmann Betreuung Betagte kennt man diese Praktikumspflicht nicht. Dies legt zumindest die Vermutung nahe, dass es dafür finanzielle Gründe gibt und hängt wohl zentral mit der Subventionspolitik der Tagesheime zusammen.

Andere Kantone wie z.B. Bern kennen diese Praktikumspflicht nicht.

Die Regierung wird deshalb gebeten zu prüfen und zu berichten:

- Wie sichergestellt wird, dass das durchgeführte Praktikum auch für einen Ausbildungsplatz in einem anderen Tagesheim Gültigkeit hat.
- Wie verhindert werden kann, dass junge Menschen, die offenbar für den Beruf Fachfrau/Fachmann Betreuung Kinder nicht sehr geeignet sind, 2-3 Lebensjahre in Praktika in verschiedenen Tagesheimen verlieren und dann immer noch ohne Ausbildungsplatz dastehen?
- Wie sichergestellt wird, dass in Tagesheimen nicht Praktikant/innen beschäftigt werden, welche dann alle keine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz haben.

Beatriz Greuter, Doris Gysin, Franziska Reinhard, Beatrice Alder, Brigitta Gerber, Maria Berger-Coenen, Jürg Meyer, Dominique König-Lüdin, Greta Schindler, Annemarie Pfeifer, Helen Schai-Zigerlig

c) Anzug betreffend Nutzung des Sparpotentials der Tagesschulen

12.5121.01

Bedauerlicherweise wurde 2011 die Tagesschulinitiative der SP abgelehnt. Inzwischen läuft die Schulreform auf Hochtouren. Die Einführung von Harnos krempelt unser Bildungssystem einmal mehr völlig um. Zu Harnos gehört auch ein Angebot an Tagesstrukturen an allen Standorten und die integrative Schule hat zudem zur Folge, dass viele Stützkurse, die heute ausserhalb der Regelschule angeboten werden, in die Regelschule integriert werden.

Doch je mehr konkrete Erfahrungen die Eltern mit dem heutigen Puzzle an Tagestruktur-Modulen sammeln und je länger die Reform fortschreitet - umso stärker wächst die Unzufriedenheit damit. Das System wirkt zunehmend unübersichtlich und kompliziert. Damit einhergehend wird der Koordinationsaufwand immer grösser. Die Familienorganisation bleibt somit weiterhin eine höhere Managementaufgabe. Die Frage drängt sich auf, ob es sich nicht allmählich rechnen würde, statt Regelschule, Tagesstrukturen, Fördermassnahmen, Tagesheime, Musikstunden etc. nach komplizierten Stundenplänen eine all dies beinhaltende Tagesschule anzubieten. Es soll überprüft werden, ob es stimmt, wie Monika Bütler - Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen - schreibt: "Würde der Hort-Schule-Mittagstisch-Zirkus zu kosten deckenden Preisen kalkuliert, wären Tagesschulen wohl auch finanziell schnell zumutbar." (Der Zirkus um Hort, Schule und Mittagstisch - Die Tagesstrukturen an unseren Schulen sind nicht kindergerecht, NZZ am Sonntag, 6. November 2011).

Dies auch unter Berücksichtigung, dass sich weder Harnos noch die Einführung des Lehrplans 21 verzögern würden, da weder die Stundentafeln noch die Anzahl Primar- oder Sekundarschuljahre geändert werden müssten. Zudem sind mit den teilautonomen Schulhausleitungen die organisatorischen Strukturen, welche die Führung am Standort aus einer Hand garantieren, bereits geschaffen worden.

Gemäss der Schriftlichen Anfrage von Maria Berger-Coenen betreffend Spar- und Optimierungspotenzial bei den Tagesschulen (10.5011.02) gibt es beim Ausbau der Tagesschulen ein Synergiepotenzial, denn eine gute Schule ist nicht durch einzelne additive und isolierte Aktivitäten oder Massnahmen zu erreichen, sondern nur als gemeinsame und vernetzte Aktion von allen Beteiligten auf allen Ebenen. Daher stellt sich die Frage, ob flächendeckende Tagesschulen überhaupt teurer wären als das ganze ausgeklügelte System, das wir haben und laufend ausbauen. Denn die Tagesschulen kommen sowieso; alles andere ist suboptimal.

Das Erziehungsdepartement hat diese Anfrage von Maria Berger-Coenen im April 2010 negativ beantwortet. Inzwischen sind fast zwei Jahre vergangen und daher bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob sich hier nicht neue Erkenntnisse betreffend Synergiepotenzial aufgetan haben.

Insbesondere wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragestellung zu prüfen und dazu zu berichten: Eine Zusammenstellung der Kosten des heutigen Schul- und Betreuungssystems inklusive dem ganzen Förderangebot, das sich an Kinder und Jugendliche richtet, soll dem Modell einer Tagesschule gegenübergestellt werden, die all diese Angebote aus einer Hand steuert.

Tanja Soland, Maria Berger-Coenen, Jürg Meyer, Sibylle Benz Hübner, Andrea Bollinger, Stephan Luethi-Brüderlin, Francisca Schiess, Kerstin Wenk, Dominique König-Lüdin, Franziska Reinhard

d) Anzug betreffend Bundesgesetzvollzug im Kanton

12.5122.01

Anlässlich eines Hearings in der Wirtschafts- und Abgabekommission wurde festgestellt, dass Änderungen in der Bundesgesetzgebung im Kanton nicht systematisch auf ihre Auswirkungen bzw. möglichen Handlungsbedarf im Kanton hin verfolgt werden.

Der Anzugsteller hat zudem festgestellt, dass der Vollzug mindestens bei einem Thema (Preisbekanntgabeverordnung) im Kanton nicht so erfolgt, wie es sein sollte, d.h. Verstösse werden weitgehend nicht festgestellt, geschweige denn geahndet, der Zugang der Bevölkerung zu den verantwortlichen Stellen ist suboptimal.

Da eine von Conradin Cramer initiierte Motion betreffend Schaffung eines departementsübergreifenden Rechtsdienstes läuft, ist aus Sicht des Anzugstellers der Zeitpunkt geeignet, um auch diese beiden Themen anzugehen, da mindestens die ersten beiden Anliegen idealerweise bei einem zentralen Rechtsdienst angesiedelt werden könnten.

Der Anzugsteller bittet die Regierung, zu prüfen und zu berichten:

1. Wie - auf möglichst effiziente Art - sichergestellt werden kann, dass Veränderungen in der Bundesgesetzgebung systematisch hinsichtlich ihrer Auswirkungen und allfälligem Handlungsbedarf für den Kanton beobachtet werden;
2. Wie der Vollzug von für den Kanton relevanter Bundesgesetzgebung sichergestellt werden kann;
3. Wie der Zugang der Bevölkerung zu den verantwortlichen Stellen so gestaltet werden kann, dass auf einfache Weise nicht nur Informationsbedarf abgedeckt, sondern auch Fragen beantwortet und allenfalls Verstösse gemeldet werden können.

Patrick Hafner, Lukas Engelberger, Christine Keller, Tanja Soland, Patricia von Falkenstein

e) Anzug betreffend Zeitgutschriften

12.5123.01

Das Modell "Zeitvorsorge" sieht vor, dass, wer sich privat mit Hilfeleistungen jeglicher Art um alte Menschen kümmert, Zeit ansparen kann, die er/sie dannzumal für selber benötigte Dienstleistungen einlösen kann.

Das Bundesamt für Sozialversicherungen hat dazu vom Büro BASS eine umfangreiche Studie herstellen lassen, welche die einschlägigen Fragen beantwortet.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat um Prüfung und Berichterstattung darüber, was er von dieser Möglichkeit hält und wie sie in Basel umzusetzen wäre. Die Stadt St. Gallen hat dafür eine Stiftung mit öffentlicher Beteiligung gegründet. Denkbar wäre auch eine Art kantonaler Zeitbank als Clearingstelle. Weitere Ideen sind der genannten Studie zu entnehmen.

Beatrice Alder, Elisabeth Ackermann, Markus Benz, Jürg Meyer, Helen Schai-Zigerlig, Heinrich Ueberwasser, Urs Müller-Walz, Christine Wirz-von Planta, Bruno Jagher, Roland Lindner, Mehmet Turan, Christoph Wydler, Eveline Rommerskirchen, Heidi Mück, Tobit Schäfer, Franziska Reinhard, Patrizia Bernasconi, David Wüest-Rudin, Thomas Müry, Roland Vögtli, Ursula Kissling-Rebholz

f) Anzug betreffend eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft

12.5124.01

In letzter Zeit wurde wieder ersichtlich, dass die beiden Basel mangels genügender Absprache nicht mit einer Stimme nach aussen auftreten. Diese mangelnde Koordination lässt sich teilweise auch bei Anlässen und bei Grossratsgeschäften erkennen. Trotz periodischen Zusammenkünften zwischen den beiden Regierungen scheint sich die Lage verschlechtert zu haben. Diese Praxis schadet der Region, führt zu Doppelspurigkeiten und muss umgehend geändert werden, was die Vereinigung für eine Starke Region seit Jahren fordert.

Die Anzugstellenden meinen, dass klar definierte Vorgehensweisen die gemeinsamen Handlungsweisen fördern und die Stimme der Region nach aussen stärken. Mittels einer gemeinsamen Vereinbarung könnten verbindlich folgende Themenfelder geregelt werden:

- Vorgehensweise bei der Erarbeitung von kantonalen Ausführungsbestimmungen zu Bundesgesetzen
- Koordination des Vorgehens bei kurzfristigen Reaktionen zu wirtschaftlichen und/oder politischen Ereignissen, die die ganze Region betreffen
- Kommunikationsstrategie bei Notständen
- Aussenauftritt (gegenüber Bundesbern, Kantone der Nordwestschweiz, Gemeinden in Deutschland und Frankreich).

Darüber hinaus könnte ergänzend zu den regelmässig stattfindenden gemeinsamen Sitzungen der beiden Regierungsräte grosse Koordinationssitzungen mit allen Bundesparlamentariern der beiden Basel stattfinden (allenfalls im Rahmen der Metropolitankonferenz).

Die Anzugstellenden sind sich darüber im Klaren, dass eine solche Vereinheitlichung auch eine freiwillige Einschränkung der kantonalen Handlungsfreiheit bedeutet. Sie gewichten den zusätzlichen Nutzen jedoch höher als die sich daraus ergebende Einschränkung.

Aus diesen Gründen bitten wir den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie obengenannte Vereinbarung realisiert und umgesetzt werden könnte, um die Zusammenarbeit und die Koordination mit dem Kanton Basel-Landschaft zu verbessern.

Der gleichlautende Vorstoss wird als Postulat im Landrat eingereicht.

Emmanuel Ullmann, David Wüest-Rudin, Aeneas Wanner, Christine Heuss, Salome Hofer, Toni Casagrande, Rudolf Vogel, Sebastian Frehner, Dieter Werthemann, Thomas Strahm, Christoph Wydler, Rolf von Aarburg, Kerstin Wenk, Markus Lehmann, Mirjam Ballmer

g) Anzug betreffend Vergütungszins für Steuervorauszahlungen

12.5125.01

Wer Steuervorauszahlungen an die Staatskasse leistet, erhält für das einbezahlte Geld einen Vergütungszins. Der Kanton setzt mit diesem steuerfreien Vergütungszins Anreize zur Vorauszahlung von Steuern. Die Steuerpflichtigen kommen mit einer sicheren "Geldanlage" in den Genuss eines Zinses, der - vor allem Dank seiner Steuerfreiheit - deutlich höher ist als derjenige eines Sparkontos. Viele Steuerpflichtige nutzen die Vorauszahlungs-Möglichkeit und zahlen ihre Steuern nicht erst nachträglich auf einmal, sondern zum Beispiel durch monatliche Einzahlungen während des Steuerjahres. Auch der Kanton profitiert von den Steuervorauszahlungen. Sie verschaffen ihm Liquidität und sie helfen, Inkassokosten und Debitorenverluste zu verhindern.

Der Vergütungszins für die Kantonssteuer wird vom Regierungsrat jährlich neu festgelegt. Die kantonale Steuerverwaltung verzinst Vorauszahlungen für das Jahr 2012 nur noch zu einem Satz von 0.5 % Im Jahr 2011 betrug der Zins immerhin noch 1 %. Die Gemeinden Riehen und Bettingen leisten demgegenüber für

Vorauszahlungen auf Gemeindesteuern einen deutlich höheren Vergütungszins, nämlich 2 % bzw. 1.5 % für das Jahr 2012. Die Begründung des Regierungsrates für den ausserordentlichen tiefen Vergütungszins ist, dass "die Steuerpflichtigen sonst in den Genuss von Zinsvorteilen [kommen], die sie von den Banken für kurzfristige Anlagen nicht erhalten". Diese Aussage mag korrekt sein; sie taugt aber nicht als Begründung. Es sind nämlich gerade die Zinsvorteile, die regelmässige Steuervorauszahlungen nicht nur vernünftig, sondern auch attraktiv machen - für die Steuerzahlenden und für den Kanton.

Die Anzugsteller sind der Meinung, dass der Kanton mit einem höheren Vergütungszins einen stärkeren Anreiz für Vorauszahlungen schaffen kann, von denen die Steuerpflichtigen und der Kanton profitieren. Sie bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob der kantonale Vergütungszinssatz in Zukunft - möglicherweise analog den bewährten höheren Sätzen in Riehen und Bettingen - attraktiver angesetzt werden kann.

Conradin Cramer, Christine Wirz-von Planta, Heiner Vischer, André Auderset, Baschi Dürr, Dieter Werthemann, Patrick Hafner, Patricia von Falkenstein, Thomas Strahm, Christoph Wydler, Helmut Hersberger

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 40 betreffend Umgang mit religiösen Minderheiten an den Basler Schulen

12.5127.01

Gemäss dem am 18. April 2012 ausgestrahlten Reports im Telebasel, spitzt sich die Situation in den Basler Schulen betreffend dem Umgang mit den verschiedenen Religionsangehörigen zu. Dabei sind insbesondere die Muslime ins Visier der Behörden geraten. Diese erhalten vermehrt Bussen wegen Verletzung der Pflicht zum Besuch des geschlechtergemischten Schwimmunterrichts ihrer Kinder. Im Report wird erwähnt, dass sich Muslime überlegen, eine eigene Schule zu gründen, um diesen Konflikten aus dem Weg zu gehen. Diese neue "Bussenpraxis" betreffend den Schwimmunterricht von den Verwaltungsbehörden wird auch vom Bundesgericht gestützt (siehe dazu Interpellation von Jürg Meyer (12.5104.01), deren Beantwortung noch offen ist).

Aber auch wenn man mit dem Bundesgericht einig sein würde, dass mit der Pflicht zum Besuch des geschlechtergemischten Schwimmunterrichts der Kernbereich der Religionsfreiheit nicht verletzt wird, kann man die Praxis der Schulbehörden dennoch in Frage stellen. Die Schweiz ist kein säkularer Staat und darum nehmen die Religionen im öffentlichen Leben und den Schulen eine Rolle ein, welche bis zur öffentlich-rechtlichen Anerkennung der Religionsgemeinschaft gehen kann. Diese tolerante und pragmatische Einbindung von Religionen und deren AnhängerInnen hat sicher einen Einfluss auf den Religionsfrieden in der Schweiz gehabt.

Es stellt sich nun die Frage, ob diese neue "Bussenpraxis" im Hinblick auf das Kindeswohl und die Integration der betroffenen religiösen Familien in unsere Gesellschaft wirklich sinnvoll ist. Denn schliesslich sollen die Kinder und Jugendlichen aus religiösen Familien nicht in religiöse Privatschulen gedrängt werden, sondern es muss ihnen unter allen Umständen ermöglicht werden, mit anders- bzw. nicht-gläubigen Kindern und Jugendlichen zusammen aufzuwachsen. Dies soll verhindern, dass bei den SchülerInnen Berührungängste entstehen und im Gegenteil bewirken, dass sie sich eigenständig eine religiöse Identität finden können.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung, um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt sich die Regierung zur Einführung von religiösen Privatschulen?
2. Ist die Regierung nicht der Ansicht, dass der Religionsfrieden gefährdet wird, wenn immer mehr Religionsangehörige eigene religiöse Privatschulen eröffnen und somit ein verständnisfördernder Austausch verhindert wird?
3. Wie viele religiöse Privatschulen bestehen bereits in Basel-Stadt? Sieht die Regierung eine Möglichkeit, diese Kinder und Jugendlichen von religiösen Eltern zur Teilnahme an staatlichen Schulen zu motivieren?
4. Ist die Regierung bereit, auf die Bussenregelung zu verzichten und wieder vermehrt Ausnahmeregelungen zuzulassen, damit auch Kinder von religiösen Familien in die staatlichen Schulen gehen?
5. Wie will die Regierung Parallelgesellschaften verhindern und auch fundamental religiöse Menschen in unsere Gesellschaft integrieren, falls vermehrt religiöse Privatschulen entstehen?
6. Wie verhindert die Regierung, dass Kinder und Jugendliche nicht von der Gesellschaft abgeschottet werden, wenn sie in religiöse Privatschulen gehen?
7. Ist die Regierung bereit, sich für mehr Toleranz und eine bessere Integration von Schülerinnen und Schülern aus religiösen Familien an den staatlichen Schulen einzusetzen?

Tanja Soland

b) Interpellation Nr. 41 betreffend Umsetzung der "Wiese-Initiative"

12.5128.01

2006 wurde die Initiative "Zum Schutz der Naturgebiete entlang des Flusslaufs der Wiese als Lebensraum wildlebender Pflanzen und Tiere sowie als Naherholungsraum", die so genannte "Wiese-Initiative" in der Volksabstimmung angenommen. Am 12. November 2008 hat der Grosse Rat zur Umsetzung der unformulierten Initiative unter anderem beschlossen:

"Bis 2010 wird ein Konzept WieseVital vorgelegt, das mit Zeitplan und Finanzierungsvorschlag (Renaturierungsfonds) die Massnahmen zur Gewässeraufwertung und insbesondere auch Massnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität darstellt". Sowie: "Für das Revitalisierungsprojekt 'Aufwertung des Otterbachgebiets durch offene Führung des Otterbachs zur Wiese östlich der Freiburgerstrasse' (wird) CHF 940'000 für die Jahre 2010 und 2011 (gesprochen)".

Zudem hat der Bund im Gesetz über den Schutz der Gewässer von 1992 eine Sanierungsfrist für Restwasserfragen bis 2012 gesetzt und nennt in einer Bestandesaufnahme vom 20.2.2012 auch die "ausstehenden Sanierungen" der "Schliesse" an der Wiese, die ein Hindernis für die Fischwanderung darstellt.

Da die Frist zur Erfüllung der Wiese-Initiative abgelaufen ist und keine Informationen zur Sanierung der "Schliesse" an der Wiese vorliegen, bitte die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb liegt das Konzept "WieseVital" bisher nicht vor?
2. Bei wem liegt die Ausarbeitung des Konzeptes "WieseVital"?
3. Wurden dazu die Umweltverbände einbezogen?
4. Wann ist mit der Publikation von "WieseVital" mit einem verbindlichen Umsetzungs- und Finanzierungsplan zu rechnen?
5. Weshalb wurde der Otterbach noch nicht saniert, obwohl der Grosse Rat CHF 940'000 für die Jahre 2010 und 2011 bewilligt hatte?
6. Wie ist der Umsetzungsstand der vom Bund geforderten Sanierung der "Schliesse" an der Wiese?

Heiner Vischer

c) Interpellation Nr. 42 betreffend Medikamentenpreise und die diesbezüglichen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Basel

12.5129.01

Die Ankündigung der Änderungen in der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) sowie der Krankenversicherungsverordnung (KVV), wirksam per 1. Mai 2012, durch den Bundesrat haben sowohl auf parlamentarischer Ebene (Bund und Kanton) wie auch in der Regierung des Kantons Basel-Stadt grosse Sorge ausgelöst. Für Basel sind gute Rahmenbedingungen für die Pharmaindustrie zentral.

Der Interpellant bittet daher den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was bedeuten nach Ansicht der Regierung des Kantons Basel-Stadt die vom Bundesrat angekündigten Massnahmen im Bereich der Preisüberprüfung für die Pharmaindustrie in der Schweiz und für den Zugang der Schweizer Patienten zu innovativen Medikamenten?
2. Kann der Regierungsrat bereits abschätzen, welche Folgen die bundesrätlichen Beschlüsse auf den Standort Basel in Bezug auf die Arbeitsplatzsituation und das Steuersubstrat haben könnte?

Die Pharmaindustrie ist in das gesundheitspolitische Regelwerk eingebunden. Gesundheitspolitische Massnahmen haben deshalb Standortrelevanz.

3. Wie beurteilt der Regierungsrat den Umstand, dass die Landesregierung solche Entscheide allein durch das Bundesamt für Gesundheit im Eidg. Departement des Innern EDI vorbereiten lässt und das Volkswirtschaftsdepartement EVD nicht einbindet?
4. Ist die Regierung des Kantons Basel-Stadt in Kontakt mit den anderen Kantonsregierungen, welche ebenfalls starke Pharmastandorte vertreten (z.B. Kanton Basel-Landschaft, Zug, Kanton Waadt)?
5. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um die Währungsproblematik für die Pharmaindustrie so zu lösen, dass gesundheitspolitische wie auch standortpolitische Interessen angemessen berücksichtigt und die einseitig auf die Kostenreduktion ausgerichteten Verordnungen korrigiert werden?

Sebastian Fehner

d) Interpellation Nr. 43 betreffend Flagge zeigen für 120 Arbeitsplätze

12.5131.01

Den Medien konnte entnommen werden, dass ein bedeutendes Schifffahrtsunternehmen mit 120 Arbeitsplätzen aus Basel wegziehen will. Grund für dieses Vorhaben ist die Entscheidung der Stadtbasler Behörden, dem Unternehmen nicht zu gestatten, am Firmensitz eine Flagge mit dem Firmensignet aufzuhängen. Das Aushängen der Flagge gehört aber zur Geschichte des Unternehmens und hat in der Schifffahrt einen hohen Symbolwert. Die Verweigerung der Bewilligung wird als Zeichen gewertet, in Basel nicht erwünscht oder zumindest nicht geschätzt zu sein.

Eine heutige Rückfrage des Interpellanten beim CEO des Unternehmens ergab, dass der Wegzugsentscheid noch nicht definitiv gefallen ist. Wörtlich sagte der CEO: "Wenn wir mit den Behörden zu einer befriedigenden Lösung kommen, werde ich am Basler Standort im 5. Stock zusätzliche Flächen dazumieten und in Basel-Stadt bleiben."

Der Interpellant ist der festen Überzeugung, dass es sich Basel-Stadt trotz aktuell guter Finanzlage nicht leisten kann, ein renommiertes Unternehmen und mehr als hundert Arbeitsplätze zu verlieren. Es stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Wie sieht der Regierungsrat die Verhältnismässigkeit zwischen dem Handeln der Verwaltung und den zu befürchtenden Folgen?
2. Ist der Regierungsrat bereit, auf das Unternehmen zuzugehen, um die Abwanderung des Unternehmens doch noch zu verhindern?
3. Gibt es eine Möglichkeit (Ausnahmegenehmigung o. ä.), um dem Unternehmen das Aushängen einer Firmenflagge zu gestatten?

André Auderset

e) Interpellation Nr. 44 betreffend Junger Rat Basel

12.5132.01

Der junge Rat Basel ist für die Öffentlichkeit nicht wahrnehmbar, die letzten News auf der Homepage wurden Anfang des vergangenen Jahres publiziert und auch in den Medien ist es ruhig geworden um diese Institution. Auch nach diversen Berichterstattungen Anfang diesen Jahres, die ebenfalls der Frage nach dem Weiterbestehen des Jungen Rates nachgingen ist nichts passiert. Der Junge Rat wird meines Erachtens zu Recht von der Regierung unterstützt und begleitet und hat eine wichtige Funktion in Basel. Damit er seine Aufgaben und Ziele wahrnehmen und erreichen kann muss er aber präsent sein und agieren können und wollen.

In diesem Zusammenhang stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Hat der Junge Rat momentan aktive Mitglieder, die sich regelmässig treffen?
2. Kommuniziert die Regierung regelmässig mit dem Jungen Rat und wenn ja, in welcher Form?
3. Wie hoch sind die finanziellen Mittel, die der Junge Rat zur Verfügung gestellt bekommt und wurden diese in letzter Zeit auch benötigt, respektive für Aktivitäten eingesetzt?
4. Hat der Regierungsrat weiterhin ein Interesse am Fortbestehen des Jungen Rates und ist er auch bereit das Gremium weiterhin zu unterstützen, respektive den Wiederaufbau voran zu treiben?

Salome Hofer

f) Interpellation Nr. 45 zu Auftritten des Kantons an Messen in Basel

12.5133.01

An der diesjährigen MUBA 2012 präsentierte sich die Stadtreinigung des Tiefbauamtes mit der Kampagne „Bühne Basel – abfallfrei“. Ziel war es, die Vielzahl der Basler Abfallkübel in Szene zu setzen. Zudem wurde der „Suubersong“ gekürt. Am Wochenende des 28. – 30. April 2012 fand zum wiederholten Male die ImmoExpo statt, eine regionale Immobilienmesse, welche in gleicher und ähnlicher Form auch in anderen Schweizer Städten jährlich durchgeführt wird. Während der Kanton in den vergangenen Jahren mit „Stadtwohnen“, den IWB und dem AUE stets präsent war und seine Präsentationen bei den Besucherinnen und Besuchern sehr grossen Anklang fanden, fehlte er dieses Jahr. Dass sich der Kanton mit einem städtischen Projekt an einer Messe mit nationaler Ausrichtung präsentierte, währenddem er an einer regionalen Immobilienmesse nicht teilnahm, mutete seltsam an.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. a) Was waren die Überlegungen des Regierungsrats resp. der Verwaltung, mit einer städtischen Kampagne („Bühne Basel – abfallfrei“) an der national ausgerichteten MUBA teilzunehmen?
b) Wie hoch waren die Standkosten und wie viel kostete der Auftritt an der MUBA insgesamt?
c) Wie gross war die Besucherfrequenz an diesem MUBA-Stand?
2. a) Was waren die Überlegungen des Regierungsrats resp. der Verwaltung, an der diesjährigen ImmoExpo nicht präsent zu sein?
b) Teilt der Regierungsrat die Meinung des Interpellanten, dass es für eine erfolgreiche Wohnraum-, Gewerbe- und Standortförderung auch einer institutionalisierten und regelmässigen stattfindenden Immobilienmesse bedarf, wie diese auch in anderen Schweizer Städten durchgeführt wird?

- c) Neben der Präsentation von Wohnprojekten waren die Förderung von erneuerbaren Energien, Möglichkeiten von baulichen Massnahmen zur Energieeinsparung sowie weitere energetische Anliegen die schergewichtigen Themen des Kantons an der ImmoExpo der letzten Jahre. An der diesjährigen ImmoExpo war einzig EBM vor Ort, welche dieses Thema aufgriff. Wie ist die Absenz des Kantons Basel-Stadt in Bezug auf diese wichtigen energetischen Themen zu interpretieren?
- d) Beabsichtigt der Regierungsrat, im nächsten Jahr an der ImmoExpo wieder teilzunehmen?
- 3. a) Gibt es Richtlinien oder ein Konzept, welche die Voraussetzungen einer Teilnahme des Kantons an einer Messe regelt?
- b) Hat die Verwaltung einen gemeinsamen Stand (Tiefbauamt, Stadtwohnen, AUE, IWB) an der ImmoExpo in Betracht gezogen und was hat dagegen gesprochen?

Andreas Zappalà

g) Interpellation Nr. 46 betreffend Bewilligungen im Gastgewerbe

12.5134.01

Nach dem Urteil des Bezirksgerichts Arbon erachtet, das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) das Fümöar-Modell als nicht mehr zulässig. Regierungsrat Hans-Peter Wessels informierte nun die betreffenden Lokale schriftlich. Da der Interpellant für eine liberale und unternehmerfreundliche Politik steht, wird die Regierung um Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Wie viele gemeldete Restaurationsbetriebe (Restaurants) gibt es im Kanton Basel-Stadt?
2. Wie viele Beherbergungsbetriebe (Hotels) gibt es im Kanton Basel-Stadt?
3. Wie viele gemeldete Vereins-Clubwirtschaften gibt es im Kanton Basel-Stadt?
4. Wie viele Betriebsbewilligungen wurden jeweils für Restaurations- und Beherbergungsbetriebe sowie für Vereins- und Clubwirtschaften in den Jahre 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011 erteilt?
5. Wie viele davon waren natürliche und wie viele davon juristische Personen?
6. Welche Nationalität und Bewilligungsstatus haben die natürlichen Personen?
7. Bei wie vielen juristischen Personen von Restaurations- und/oder Beherbergungsbetrieben mussten in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011 mangels Aktiven Insolvenz angemeldet werden?
8. Welche Nationalität besaßen die Gesellschafter/Inhaber der oben erwähnten juristischen Personen die Insolvenz angemeldet haben?

Alexander Gröflin

h) Interpellation Nr. 47 zu den Parktarifen in Trainingsanlagen

12.5135.01

Die Basler Sportvereine, insbesondere die Fussballvereine leisten einen sehr wertvollen Beitrag im Bereich Bewegung und Prävention, Integration und Zusammenleben. Wöchentlich bewegen sich tausende Frauen, Männer und Kinder durch die Basler Fussballvereine.

Fussball hat in unserer Region eine grosse Bedeutung und ermöglicht auch allen Bevölkerungsgruppen eine gesunde Begegnung. Hunderte Menschen in der Region engagieren sich als Trainerinnen und Trainer und leisten eine wichtige sportliche, soziale und gesundheitsfördernde Arbeit. Sie investieren viel ihrer Freizeit für eine gesunde sportliche Entwicklung der Kinder und der Jugendlichen. Zudem bietet der Mannschaftssport gerade im Kindesalter eine frühe Förderung der Sozialkompetenz, ja eine Schule für das Leben.

Das Training findet in der Regel, je nach Mannschaft, 3 bis 5 Mal pro Woche statt. Meistens beginnt das Training ab 16.30 und viele Trainerinnen und Trainer kommen von auswärts. Um das Training pünktlich durchführen zu können, müssen sie nach der Arbeit zwingend mit dem Auto zum Trainingsort kommen. Ausserdem muss das Trainingsmaterial transportiert werden, welches mit dem Velo oder ÖV nicht einfach oder gar unmöglich wäre.

Die Parktarife in Trainingsanlagen sind eine Belastung für die Trainer und Trainerinnen. Die Parktarife sind z.B. im St. Jakob Parkhaus bis 16.00 Uhr CHF-.50 und ab 16.00 Uhr wird dieser verdreifacht. Von CHF -.50 auf 1.50.

Die Trainings dauern in der Regel 2 Stunden und mit Vor- und Nachbereitung müssen die Trainer und Trainerinnen mindestens 3 Stunden auf dem Trainingsplatz bleiben. So geben sie ihre kleine Entschädigung zu einem grossen Teil wieder für die Parkgebühren aus. Das ist wie eine Busse für die engagierten Personen im Sportbereich.

Der Regierungsrat wird in diesem Zusammenhang gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Warum verdreifachen die Parkgebühren in der Trainingszeit ab 16.00 Uhr?
2. Findet die Regierung dieses Preismodell gegenüber den Vereinen gerecht?
3. Ist das möglich, dass die Trainer und Trainerinnen für ihr sportliches Engagement als eine kleine Belohnung von Parkgebühren entlastet werden?
4. Könnte die Erhöhung des Parktarifes auf einen späteren Zeitpunkt – z.B. 20.00 Uhr verschoben werden?

Atilla Toptas

i) Interpellation Nr. 48 betreffend Bau von Treppen von der Margarethenbrücke zu den Gleisanlagen des Bahnhofs SBB und damit allfälliger verbundener Präjudizierung eines Volksentscheids zur Initiative betreffend CentralPark Basel

12.5137.01

In einer Medienmitteilung vom 16. April 2012 informierten die SBB, dass sie im Bahnhof SBB bis Ende Jahr die beiden Perrons der Gleise 14/15 und 16/17 mittels Treppen an die Margarethenbrücke anbinden möchten. Die Anbindung soll die Passerelle entlasten und entspreche dem Wunsch der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, wie es in der Mitteilung explizit heisst.

Während der Interpellant durchaus Verständnis hat, dass die SBB bis zu einer endgültigen Lösung der Probleme in Bezug auf die Engpässe auf der Passerelle und der Schaffung anderer Querungsmöglichkeiten über die Gleise vom Süden her provisorische Entlastungsmassnahmen umsetzt, so erstaunt ihn doch, dass sie erstens explizit darauf hinweisen, dass diese Treppen auf Wunsch der Regierungen der beiden Basel erstellt werden und dass zweitens in der gleichen Mitteilung auch darauf hingewiesen wird, dass „sowohl die SBB wie Kanton“ der Idee „CentralPark“ kritisch gegenüberstünden.

Die doch auffällige Betonung des Einvernehmens der SBB mit dem Kanton, was den Bau der Treppe und die Haltung zum CentralPark betrifft, aber auch die im gleichen Communiqué angekündigte Testplanung mit drei Architekturbüros, was die Querung der Gleise zwischen Bahnhofpasserelle und Margarethenbrücke betrifft, erweckt nicht nur beim Interpellanten, sondern bei vielen Mitunterzeichnenden der Volksinitiative betreffend CentralPark den Eindruck, dass die SBB im Bauperimeter eines möglichen CentralParks *Faits accomplis* schaffen will und dabei ostentativ die Rückendeckung durch die Regierung ins Feld führt.

Deshalb möchte ich die Regierung anfragen,

- inwiefern die geplanten Baumassnahmen im Bereich der Margarethenbrücke tatsächlich Provisorien sind und von den SBB bei einer möglichen Annahme der Volksinitiative betreffend CentralPark und entsprechenden Planungen in diesem Gebiet auch wieder problem- und widerstandslos entfernt werden können.
- ob die SBB seit der Einreichung der Volksinitiative betreffend CentralPark am 8. Februar 2012 mit der Regierung oder die Regierung mit den SBB in Sachen Bauvorhaben zur Entlastung der Passerelle Kontakt aufgenommen hat und sich die Regierung bei einem solchen Kontakt gegenüber der SBB kritisch zur Idee „CentralPark“ geäussert hat.
- inwiefern die Regierung bereit ist, den SBB gegenüber Zurückhaltung in Bezug auf das Schaffen von Präjudizien, was die Verwirklichung eines allfälligen CentralParks betrifft, anzumahnen, solange der Volksentscheid zur Initiative betreffend CentralPark noch aussteht.
- inwiefern die Regierung auch bereit ist, die gleiche Zurückhaltung oder aber – um es positiv zu sagen – den Einbezug einer möglichen Überdachung der Gleise westlich der Passerelle im Sinne eines CentralParks bei der am 20. März 2012 begonnenen Testplanung mit drei renommierten Architekturbüros (so das Pressecommuniqué) anzunehmen, um der Verwirklichung eines allfälligen Volksentscheids nicht noch weitere Hindernisse in den Weg zu legen.

Oswald Inglin

Schriftliche Anfragen

a) Schriftliche Anfrage betreffend Behinderte zahlen den Preis des Wettbewerbs

12.5138.01

Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben beim Behindertentransport auf Anfang 2012 den Wettbewerb eingeführt. Resultat: Die Kosten für längere Fahrten stiegen teilweise massiv (gegen 400 %) und dies trotz einer Subventionierung der Transporte mit CHF 2.6 Mio.

In diesem Zusammenhang drängen sich folgende Fragen auf:

1. Warum genügen CHF 2.6 Mio. nicht, um auch Fahrten in der Regio zu günstigen Preisen anzubieten?
2. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um Härtefälle abzufedern?
3. Müsste nicht die Struktur des Behindertentransportwesens nochmals überdacht werden?
4. Sollte nicht zu einer Taxi-Taxi-Lösung zurückgekehrt werden, wie es andere Kantone (ZH, AG, LU, ZG) immer noch kennen? Das Strassenverkehrsgesetz ist bekanntlich eidgenössisch.
5. Konkurrenz und Wettbewerb bringen meistens Kostensenkungen mit sich. Warum nicht so beim Behindertentransport?

Peter Bochsler

b) Schriftliche Anfrage betreffend Velofahrende in Gefahr?

12.5139.01

Mit Medienmitteilung vom 3.5.2012 hat das Bau- und Verkehrsdepartement bekannt gegeben, dass "an bis zu 80 Kreuzungen" "Vortrittsänderungen bei Einbahnstrassen mit Velo-/Mofagegenverkehr" vorgenommen wurden bzw. werden. Das der Medienmitteilung beigelegte Bild zeigt eine Situation, die unproblematisch und damit zu begrüssen ist.

Der Anfrager verfolgt die Veränderungen zugunsten von Velofahrenden seit Längerem aufmerksam, nicht zuletzt aus eigener Betroffenheit: Nebst für Velofahrende sehr hilfreichen Änderungen wurden in Basel aber auch vermeintliche Verbesserungen eingeführt, die zum Teil zu äusserst gefährlichen Situationen führen.

Aus diesem Grund bittet der Anfrager die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurde bei allen erwähnten Änderungen im Detail geprüft, ob durch diese nicht nebst den erhofften Verbesserungen auch eine Akzentuierung von Gefahrensituationen geschaffen wurde bzw. wird?
2. Nach welchen Kriterien entscheidet die Behörde im Einzelfall, ob eine Verbesserung auch dann eingeführt wird, wenn damit auch (zusätzliche) Gefahren geschaffen werden?
3. Werden bei solchen Änderungen auch Vertreter des öffentlichen Verkehrs befragt und deren Meinung berücksichtigt?
4. Werden bei solchen Änderungen auch Vertreter von Organisationen des motorisierten Individualverkehrs befragt und deren Meinung berücksichtigt?

Patrick Hafner

c) Schriftliche Anfrage betreffend Amphibienlaichgebiete

12.5140.01

Amphibien sind die am stärksten gefährdete Tiergruppe der Schweiz: siebzig Prozent der einheimischen Arten stehen auf der Roten Liste. Die Amphibien unserer Region sind für ihre Fortpflanzung auf Gewässer angewiesen. Die Region Basel war früher mit den Auenlandschaften und Überschwemmungsflächen ein amphibienreiches Gebiet. In der Petite Camargue Alsacienne lässt sich diese Vielfalt noch erahnen.

Um die Amphibienbestände zu schützen, setzte der Bund 2001 das "Inventar der Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung IANB" in Kraft. Das Inventar umfasst aktuell 897 Objekte. Es bezeichnet die wichtigsten Fortpflanzungsgebiete und beauftragt die Kantone, für deren Schutz und Unterhalt zu sorgen.

Im Bundesinventar befinden sich auch zwei kantonale Amphibienlaichgebiete in der Gemeinde Riehen: das Objekt "Eisweiher und Wiesenmatten", Grundeigentümer IWB, und das Objekt "Autaal", weitgehend im Grundeigentum der Einwohnergemeinden Riehen und Basel. Die beiden Weiher sind nicht nur für die Tierwelt bedeutsam, sondern auch ein beliebtes Naherholungsziel für die Bevölkerung.

Gemäss Artikel 9 der "Verordnung über den Schutz der Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung" müssen die Kantone innert sieben Jahren nach Aufnahme ins Bundesinventar die Gebiete unter Schutz nehmen. Bis heute sind beide Objekte jedoch weder als kommunales (www.stadtplan.bs.ch/geoviewer), noch als kantonales Naturschutzgebiet planungsrechtlich gesichert. Der Eintrag in den Richtplan ist nicht parzellenscharf und eigentümerverschrieben. Beide Naturgebiete sind unbestritten und in ihrer Existenz nicht gefährdet. Eine Unterschutzstellung durch den Kanton ist unproblematisch.

Wir bitten die Regierung um folgende Auskünfte:

1. Wann beabsichtigt der Regierungsrat, die beiden nationalen IANB-Objekte (Bereiche A und B) "Eisweiher und Wiesenmatten" sowie "Autaal" als kantonale Naturschutzgebiete zu sichern?
2. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat zur Aufwertung der Umgebungszone (Bereich B) (Liste der Massnahmen mit Umsetzungszeitraum)?
3. Welche weiteren wichtigen Amphibienlaichgebiete bestehen auf Kantonsgebiet und welche Schutz-, Förder- und Vernetzungsmassnahmen sind geplant. (Auflistung der Gebiete mit Angaben zum planungsrechtlichen Schutzstatus und zum weiteren Vorgehen mit Umsetzungszeitraum)?
4. Welche speziellen Fördermassnahmen für Amphibien plant die Regierung in der Wiese-Ebene als Folge der vom Volk angenommenen Wiese-Initiative (Liste der Massnahmen mit Umsetzungszeitraum)?
5. Die beiden national bedeutenden Amphibienlaichgebiete sind künstlich geschaffen. Plant die Regierung, weitere Amphibienstandorte zu schaffen (Liste mit Umsetzungszeitraum)?

Eveline Rommerskirchen

d) Schriftliche Anfrage betreffend Erwerbsausfallversicherung für Stellensuchende

12.5146.01

In der Schweiz ist die Erwerbsausfallversicherung nicht obligatorisch. Wenn der Arbeitgeber eine Kollektivversicherung abgeschlossen hat und wenn das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgelöst wird, kann die versicherte Person - mit wenigen Ausnahmen - beim Firmenaustritt zu den gleichen Bedingungen ohne Vorbehalte von der Kollektiv- zur Einzelversicherung wechseln. Danach kommt die Person alleine für die Prämien der Erwerbsausfallversicherung auf. Die versicherte Person kann innerhalb einer Frist von 30

Tagen von ihrem Übertrittsrecht Gebrauch machen und in die Einzelversicherung übertreten.

Wenn der ehemalige Arbeitgeber sein Personal nicht gegen Erwerbsausfall versichert hat, und bei einem Firmenaustritt ein Übertritt in eine Einzeltaggeldversicherung daher nicht möglich ist, verfügen viele Personen im Falle einer anschliessenden Arbeitslosigkeit über keine Erwerbsausfallversicherung.

Wer arbeitslos ist und Taggelder von der Arbeitslosenversicherung (ALV) bezieht, hat bei Krankheit lediglich Anspruch auf 30 Krankentaggelder seitens ALV. Wenn die Arbeitsunfähigkeit danach fort dauert, sind die Betroffenen nach diesen 30 Tagen ohne Versicherungsschutz und finanziell auf sich selbst gestellt, d.h. sie müssen von Ersparnissen leben oder wenn diese nicht vorhanden sind, sich an die Sozialhilfe wenden. Angesichts dieser Versicherungslücke haben einzelne Kantone Massnahmen ergriffen, um dem Risiko des Erwerbsausfalls bei Krankheit von Stellensuchenden entgegenzuwirken. Der Kanton Genf hat eine obligatorische Erwerbsausfallversicherung für Stellensuchende vorgesehen und zieht die Prämie systematisch von den Taggelderleistungen der Arbeitslosen ab. Die Kantone Neuenburg und Freiburg sehen ein fakultatives System vor. Der Kanton Waadt hat seit 1.4.2012 neu eine Krankentaggeldversicherung für Bezüger von Arbeitslosentaggeldern eingeführt.

Eine Erwerbsausfallversicherung kann Stellensuchende vor einer finanziell schwierigen Lage bewahren. Ausserdem kann sie helfen, die Sozialhilfe in solchen Fällen zu entlasten.

Ich bitte um die Regierung zu prüfen, ob eine Erwerbsausfallversicherung möglich ist.

Gülsen Oeztürk

e) Schriftliche Anfrage betreffend Bauarbeiten Kornhausgasse

12.5141.01

An der Kornhausgasse in Basel werden seit dem 7.5.2012 Bauarbeiten durchgeführt. Dabei wird u.a. das Trottoir, begleitet von Lärmemissionen, aufgerissen und verkleinert. Diese Trottoir-Verkleinerungen stehen wohl in direktem Zusammenhang mit der zweiten Ausfahrt der Berufsfeuerwehr Basel-Stadt an der Kornhausgasse.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist es korrekt, dass erst vor wenigen Jahren das Trottoir an der Kornhausgasse neu geteert und gestaltet wurde?
2. Falls ja, weshalb finden nun bereits erneut Bauarbeiten an derselben Stelle statt?
3. Werden diese Bauarbeiten durchgeführt, obschon die Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr Basel-Stadt problemlos die Ausfahrt Kornhausgasse verlassen können?
4. Falls ja, welcher Grund besteht sonst für die Trottoir-Verkleinerung?
5. Falls nein, weshalb wurde bei der Neugestaltung dieser Umstand nicht von Anfang an berücksichtigt?
6. Wie hoch belaufen sich die Kosten für die erneuten Umbauarbeiten an der Kornhausgasse?
7. Ist es richtig, dass die Mieterschaft an der Kornhausgasse - obschon erheblicher Lärmemissionen ausgesetzt - über die Umbauarbeiten nicht informiert wurden?
8. Falls ja, wurden den Geschäfts- und Privatmietern der Kornhausgasse Alternativ-Parkplätze angeboten, da während der Dauer der Bauarbeiten die ohnehin prekäre Parksituation im Quartier noch verschlimmert wurde?
9. Falls nein, weshalb wurden die Anwohner nicht informiert?

Alexander Gröflin

f) Schriftliche Anfrage betreffend statistische Fragen zu Steuererlassen

12.5142.01

Viele Statistiken gehen extrem ins Detail und kategorisieren auch nach Vorstrafen, Geschlecht, Alter, Herkunft usw. Die fehlende Auflistung nach Steuererlasse könnte indes den Schluss zulassen, dass die Verwaltung und politische Verantwortliche dies für heikel befinden. Man könnte daraus schliessen, dass sich der Staat zwar für allerhand Unterscheidungen interessiert, nur nicht für seine immensen Steuerausfälle.

Deshalb wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viele Steuererlasse im Kanton Basel-Stadt gab es in den Jahren 2005-2011 bei den natürlichen Personen (bitte Auflistung pro Jahr)?
2. Wie viele Steuererlasse gab es in den Jahren 2005-2011 bei juristischen Personen (Auflistung nach Jahr, Nationalität und Bewilligungsstatus der Eigner)?
3. Was waren die häufigsten Gründe für einen Steuererlass?
4. Wie viele Personen waren Schweizer, EU/EFTA Bürger (EFTA ohne Schweiz) und Drittstaatsangehörige, denen einen Erlass gewährt wurde (Bezieht sich auf die Fragen 1 und 2)?
5. Wie hoch waren die jeweiligen Steuererlasse in den Jahren 2005-2011 (Auflistung nach Nationalität und Bewilligungsstatus)?

Alexander Gröflin

g) Schriftliche Anfrage betreffend statistische Fragen zur Sozialhilfe

12.5143.01

Viele Statistiken gehen extrem ins Detail und kategorisieren auch nach Vorstrafen, Geschlecht, Alter, Herkunft usw. Die fehlende Auflistung der Sozialhilfekosten könnte indes den Schluss zulassen, dass die Verwaltung und politische Verantwortliche dies für heikel befinden. Man könnte daraus schliessen, dass sich der Staat zwar für allerhand Unterscheidungen interessiert, nur nicht für seine immensen Sozialhilfekosten. Sie würde jedoch eine wichtige Diskussion um eine zukunftsorientierte Sozialpolitik beitragen.

Deshalb wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viele Personen erhielten in den Jahren 2006–2011 Sozialhilfe (bitte Auflistung pro Jahr)?
2. Wie viele waren jeweils Schweizer, Ausländer, EU/EFTA-Bürger (EFTA ohne Schweiz), Angehörige von Drittstaaten und eingebürgerte Schweizer?
3. Um was für Staatsbürger handelt es sich bei den Drittstaats- EU/EFTA-Staatsangehörigen (EFTA ohne Schweiz)?
4. Wie hoch waren die Ausgaben für Sozialhilfeempfänger in den Jahren 2006–2011 (bitte Auflistung in CHF für jedes einzelne Jahr)?
5. Wie hoch waren die Gesamtausgaben für Schweizer, EU-/EFTA-Bürger (EFTA ohne Schweiz) und Drittstaatsangehörige in den Jahren 2006-2011)?
6. Wie hoch waren die Ausgaben für Schweizer, EU/EFTA-Bürger (EFTA ohne Schweiz), Angehörige von Drittstaaten, eingebürgerte Schweizern (in Prozenten)?
7. Gibt es "Sans-Papiers" oder "vorläufig Aufgenommene", die Sozialhilfe in den Jahren 2006 bis 2011 bezogen? Falls ja; wie viele?
8. Wie hoch ist der Gesamtbetrag der zurückbezahlten Sozialhilfe in den Jahren 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011 (Auflistung nach Summe, Anzahl Personen, Nationalität und Bewilligungsstatus)?

Alexander Gröflin

h) Schriftliche Anfrage betreffend statistische Fragen zu IV und EL

12.5144.01

Viele Statistiken gehen extrem ins Detail und kategorisieren auch nach Vorstrafen, Geschlecht, Alter, Herkunft usw. Die fehlende Auflistung der Kosten der Leistungen der Invalidenversicherung und den Ergänzungsleistungen könnte indes den Schluss zulassen, dass die Verwaltung und politische Verantwortliche dies für heikel befinden.

Man könnte daraus schliessen, dass sich der Staat zwar für allerhand Unterscheidungen interessiert, nur nicht für seine immensen Kosten seiner Sozialwerke. Diese würden jedoch eine wichtige Diskussion um eine zukunftsorientierte Politik beitragen.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

Invalidenversicherung (IV)

1. Wie viele IV-Rentenanträge wurden in den Jahren 2005 bis 2011 im Kanton Basel-Stadt gestellt?
2. Wie viele Personen waren jeweils Schweizer, eingebürgerte Schweizer, EU/EFTA-Bürger (EFTA ohne Schweiz) und Drittstaatausländer?
3. Um was für Staatsangehörige handelt es sich bei eingebürgerten Schweizern, EU/EFTA-Bürger (EFTA ohne Schweiz) und Angehörige von Drittstaaten?
4. Wie hoch waren die Ausgaben der IV für Schweizer, eingebürgerte Schweizer, EU/EFTA-Bürger (EFTA ohne Schweiz), Angehörige von Drittstaaten in den Jahren 2005 bis 2011 (Auflistung pro Jahr)?
5. Wie sieht die Altersstruktur bei den unter Punkt 3 erwähnten Personen aus (Bitte auflisten in Schritten 18-25, 26-40, 41-50, 51-Pension)?
6. Was waren die häufigsten Gründe für einen bewilligten IV-Antrag (bitte Top 10 auflisten)?
7. Wie viele IV-Rentenanträge wurden in den Jahren 2005 bis 2011 gutgeheissen und wie viele davon abgelehnt (Anzahl pro Jahr auflisten)?
8. Wie viele Personen unter Punkt 7. waren Schweizer, eingebürgerte Schweizer, EU/EFTA-Bürger (EFTA ohne Schweiz) und Drittstaatangehörige?

Ergänzungsleistungen (EL)

9. Wie viele Neuanträge auf Ergänzungsleistungen (EL) hat es in den Jahren 2005 bis 2011 gegeben (bitte pro Jahr auflisten)?
10. Wie viele Personen bezogen im Zeitraum von 2005 bis 2011 im Kanton Basel-Stadt Ergänzungsleistungen (EL) (bitte pro Jahr auflisten)?
11. Wie hoch waren die Ergänzungsleistungen insgesamt in den Jahren 2006 bis 2011?
12. Wie hoch waren die kantonalen Beihilfen in den Jahren 2006-2011?
13. Wie viele der EL-Bezüger waren Schweizer, eingebürgerte Schweizer, EU/EFTA-Bürger (EFTA ohne Schweiz) und Drittstaatangehörige (bitte jeweils um Angabe der Nationalität)?

Alexander Gröflin

i) Schriftliche Anfrage betreffend statistische Fragen Straftaten

12.5145.01

Viele Statistiken gehen extrem ins Detail und kategorisieren auch nach Vorstrafen, Geschlecht, Alter, Herkunft usw. Die fehlende Auflistung nach Straftaten könnte indes den Schluss zulassen, dass die Verwaltung und politische Verantwortliche dies für heikel befinden. Man könnte daraus schliessen, dass sich der Staat zwar für allerhand Unterscheidungen interessiert nur nicht für seine Ausländerpolitik.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Straftäter wurden von 2005 bis 2011 gerichtlich zu unbedingten Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen wegen Begehung eines Vergehens oder Verbrechens verurteilt (Auflistung für jedes einzelne Jahr)?
2. Wie viele dieser Straftaten wurden jeweils von Schweizern, EU/EFTA Bürgern (EFTA ohne Schweiz), Angehörigen von Drittstaaten und eingebürgerten Schweizern verübt (Auflistung nach Anzahl Personen und deren Nationalität)?
3. Wie viele dieser Straftaten wurden jeweils von EU/EFTA-Bürgern (EFTA ohne Schweiz) bzw. von Drittstaatsangehörigen begangen, welche zum Zeitpunkt ihrer Straftat im Besitze einer gültigen Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung waren (Auflistung nach Anzahl Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen)
4. Wie viele ausländische Straftäter wurden im Kanton Basel-Stadt von 2005 bis 2011 gerichtlich zu bedingten Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen wegen Begehung eines Vergehens oder Verbrechens verurteilt (bitte genaue Auflistung für jedes einzelne Jahr)?
5. Wie viele dieser Straftaten wurden jeweils von Schweizern, Ausländern, EU/EFTA Bürgern (EFTA ohne Schweiz), Angehörigen von Drittstaaten und eingebürgerten Schweizern verübt (Angabe in Prozenten)?
6. Um was für Staatsbürger handelt es sich bei den Angehörigen von EU/EFTA (EFTA ohne Schweiz) bzw. Drittstaatsangehörigen?
7. Wie viele dieser Straftaten wurden jeweils von EU/EFTA (EFTA ohne Schweiz) und Drittstaatsangehörigen begangen, welche zum Zeitpunkt ihrer Straftat im Besitze einer gültigen Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung waren? (Auflistung nach Anzahl Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen)
8. Welche ausländerrechtlichen Massnahmen bzw. wie viele Widerrufe von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen hat das Migrationsamt BS bei den oben erwähnten Verurteilten in den Jahren 2005 bis 2011 vorgenommen (Auflistung sämtlicher Widerrufe und Verwarnungen sowie Nationalität der Verurteilten pro Jahr)?
9. Wie viele Aufenthaltsbewilligungen sind wegen Verdachts auf Scheinehe in den Jahren 2005 bis 2011 widerrufen worden (Anzahl pro Jahr)?
10. Wie viele Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen sind beim Migrationsamt Basel-Stadt wegen Straffälligkeit, Sozialhilfebezug, Verdachts auf Scheinehe zurzeit hängig resp. in Bearbeitung?
11. Wie viele Ausländer/innen wurden in den Jahren 2005 bis 2011 insgesamt verwarnet, welche Ausweisungsgründe nach AuG Art. 62 ff und AuG Art. 63 ff gesetzt haben (Auflistung pro Jahr)?
12. Wie viele Wegweisungen wurden in den Jahren 2005 bis 2011 vollzogen, bei Personen, die über einen oder eben keinen Aufenthaltsstaus besaßen (Auflistung der Anzahl pro Jahr)?
13. Wie viele davon sind rechtskräftig (Auflistung nach Anzahl pro Jahr von 2005 bis 2011)?
14. Wie viele Wegweisung- bzw. Nichtverlängerung wurden in den Jahren 2005 bis 2011 verfügt und definitiv vollzogen (Auflistung pro Jahr)?
15. Wie viele Ausländer wurden in Folge Straffälligkeit, fortgesetzter Sozialhilfebezug in den Jahren 2005 bis 2011 verwarnet (Auflistung pro Jahr)?
16. Wie viele Ausländer/innen, die erheblich oder wiederholt gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Schweiz oder im Ausland verstossen haben oder die innere oder äussere Sicherheit gefährden, wurden in den Jahren 2005 bis 2011 verwarnet oder weggewiesen (Auflistung pro Jahr)?
17. Was waren die 5 häufigsten Gründe für eine Verwarnung oder Wegweisung in den Jahren 2005 bis 2011 (Auflistung pro Jahr)?

Alexander Gröflin

j) Schriftliche Anfrage betreffend Bewilligungen im Gastgewerbe

12.5155.01

Nach dem Urteil des Bezirksgerichts Arbon erachtet das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) das Fūmoar-Modell als nicht mehr zulässig. Regierungsrat Hans-Peter Wessels informierte nun die betreffenden Lokale schriftlich.

Da eine gleichlautende Interpellation aus Zeitgründen nicht vollständig beantwortet werden konnte, bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele gemeldete Restaurationsbetriebe (Restaurants) gibt's es im Kanton Basel-Stadt?
2. Wie viele Beherbergungsbetriebe (Hotels) gibt es im Kanton Basel-Stadt?

3. Wie viele gemeldete Vereins-Clubwirtschaften gibt es im Kanton Basel-Stadt?
4. Wie viele Betriebsbewilligungen wurden jeweils für Restaurations- und Beherbergungsbetriebe sowie für Vereins- und Clubwirtschaften in den Jahren 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011 erteilt?
5. Welche Nationalität und Bewilligungsstatus haben die natürlichen Personen?
6. Bei wie vielen juristischen Personen von Restaurations- und / oder Beherbergungsbetrieben mussten in den Jahren 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011 mangels Aktiven Insolvenz angemeldet werden?
7. Welche Nationalität besaßen die Gesellschafter/Inhaber der oben erwähnten juristischen Personen, die Insolvenz angemeldet haben?

Alexander Gröflin

k) Schriftliche Anfrage betreffend säumige KrankenkassenprämienzahlerInnen im Kanton Basel-Stadt

12.5156.01

Beim Regierungsbeschluss 11.5271.02 zur Motion Sebastian Frehner betreffend Einführung einer schwarzen Liste von säumigen Prämienzahlern wurde die Zahl von jährlich ca. 18'000 Fälle genannt. Alle diese Fälle haben ein Betreibungsbegehren von Seiten der Krankenkassen zur Folge. Ich bitten den Regierungsrat, diese Zahl von 18'000 noch genauer aufzuschlüsseln (Antworten auf 200 gerundet genügt):

- In wie vielen Fällen lag eine gesetzlich anerkannte Zahlungsunfähigkeit vor?
- In wie vielen Fällen war die Betreibung erfolgreich?

Beat Fischer

l) Schriftliche Anfrage betreffend "Konzept Reparaturen am Boulevard Güterstrasse"

12.5157.01

Vor einigen Jahren wurde die Güterstrasse zu einem Boulevard umgebaut. Dabei wurden auf dem Trottoirboden die Namen der Tramhaltestellen mit ca. ein Meter grossen Buchstaben geschrieben, sowie Parkplatzfelder durch Piktogramme markiert.

Bei der Tramhaltestelle "Haltestelle IWB" wurden vor ein paar Monaten zwei Eingriffe vorgenommen. Die dabei gegrabenen Löcher wurden mit schwarzem Teer wieder abgedeckt, aber ohne die dabei verloren gegangenen Buchstaben zu ersetzen. Die Haltestelle heisst jetzt nur noch "IWB Haltestelle WB" bzw. "WB Haltestelle IWB".

Der Unterzeichnende bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

Was ist das Reparaturkonzept bei Eingriffen auf der Strassenoberfläche des Boulevards Güterstrasse im Bereich der Beschriftungen und Piktogramme? Besteht ein Interesse an der Erhaltung dieser Beschriftungen und Piktogramme? Werden die Beschriftungen und Zeichen nach baulichen Eingriffen wieder hergestellt oder werden die bei solchen Eingriffen entstandenen Löcher einfach mit schwarzem Teer zugedeckt, ohne Rücksicht auf den sich danach bietenden optischen Eindruck?

Beat Fischer